Die Schülerproteste gegen die Wehrpflicht gehen weiter. Für kommenden Freitag ist laut *Berliner Zeitung* eine Demonstration mit 15.000 Teilnehmern angemeldet. Die „Gen Z“ ruft zum Protest auf der Straße in ganz Deutschland auf. Auch ein Jugendstreik in ganz Europa ist geplant. Das sind zum Start in die neue Woche gute Nachrichten. Eine Jugend, die auf der Straße ihre politische Meinung offen ausspricht, ist dringend notwendig. Im Hintergrund ist die Maschinerie des Krieges längst angelaufen. Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und der Blick der Politik auf die Wiedereinführung einer allgemeinen Wehrpflicht: Das ist eine Entwicklung, die ganz Deutschland betrifft. Die Jugend hat es begriffen. Ein „Like“ im Netz oder ein kritischer Kommentar reichen nicht aus, um sich dieser Politik entgegenzustellen. Nur ein Protest, der auf der Straße sichtbar wird, entfaltet Kraft. Ein Kommentar von **Marcus Klöckner**.

Der Unmut gegenüber einer zutiefst asozialen Politik muss auf die Straße. Er muss dorthin, wo er hörbar und sichtbar wird. Ein „Like“ im Netz, ein kritischer Kommentar auf *Facebook* und Co: Damit begnügen sich viele Bürger, die die Politik der Aufrüstung auch nicht hinnehmen wollen. Das aber ist viel zu wenig. Die Verärgerung im Internet verliert sich im Virtuellen. Die Politik mag den Unmut, der in den Kommentarspalten jeden Tag zum Ausdruck gebracht wird, hier und da zur Kenntnis nehmen: Die Kraft, die Politik so unter Druck zu setzen, dass sie von ihrem Projekt Kriegstüchtigkeit abrücken wird, hat er nicht.

Der Unmut muss dorthin, wo er hingehört: auf die Straßen und Plätze der Republik, vor die Rathäuser und die Parlamente.

Handgeschriebene Plakate, ein originelles Auftreten, lautstark, breit und unbequem: So muss der politische Protest sein. Raus aus der virtuellen Welt, raus auf die Straße, wo man den direkten physischen Kontakt zum anderen hat, wo die reale Vernetzung möglich ist und wo die eigene Stimme auch für diejenigen außerhalb der eigenen Blase hörbar wird – nur so kann es gehen!

Das kann und darf nicht zu viel verlangt sein. Nicht unter einer Politik, die mit einer unfassbaren Dreistigkeit das Land an die Wand fährt.

Teile der Jugend spüren es. Da regt sich etwas. Die Jugend fühlt, dass bei der Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht sie selbst schnell direkt betroffen ist. Die Jugend hat keinen Bock auf Panzer, Ostfront und Krieg. Die Jugend will in Frieden leben – nachdem ihr eine unverantwortliche Politik schon das Leben in der Coronazeit versaut hat.

Jetzt gehen die jungen Leute auf die Straße. Sie demonstrieren für ihre Belange. Sie demonstrieren gegen eine Politik, die sich einen Dreck um ihre Belange schert.

Sie protestieren gegen Kürzungen im Bildungsbereich, gegen marode Schulen, für eine vernünftige Sozialpolitik, gegen die Wehrpflicht und einiges mehr. Kurzum: Sie wollen eine Politik, die vor ihren Belangen Respekt hat.

Jetzt kommt es darauf an, dass sich auch die Erwachsenen den Protesten anschließen. Die Unterstützung der Jugend ist angebracht. Die vorherrschende Politik geht nämlich nicht nur über die Interessen der jungen Leute hinweg. Ihre destruktive Kraft ist auf das ganze Land gerichtet – aus welchen Gründen auch immer.

Die Kastrierung der Wirtschaft, die Abkehr von günstigem russischen Gas, die Wohnungsmarkt- und desaströse Sozialpolitik: Längst leiden nicht mehr nur die Armen. Die Einschläge einer Politik, der der eigene Rock näher ist als das Hemd, sind schon lange auch bei den „Besserverdienenden“ spürbar.

Die Jugendproteste bieten eine ausgezeichnete Möglichkeit, die eigene Stimme auf der Straße zu erheben. Zeit wird’s!